

Herausforderungen und Lösungsansätze für die berufsschulische Ausbildung im Kammerbezirk Dresden

Stefanie Gäbler, Jan Kluge, Marius Lux und Johannes Steinbrecher*

Die duale Berufsausbildung ist für deutsche Unternehmen traditionell ein wichtiges Instrument der Fachkräftegewinnung und -entwicklung. Integraler Bestandteil dieses Systems ist die berufsschulische Ausbildung, welche die Praxiserfahrungen der Lehrlinge durch eine theoretische Fundierung der Lehrinhalte ergänzt. Ein leistungsfähiges Berufsschulsystem ist deshalb eine zwingende Voraussetzung für die Funktionalität der dualen Berufsausbildung.

Umso bedenklicher sind die Schwierigkeiten, denen sich die duale Berufsausbildung und die Berufsschulen zunehmend gegenübersehen. Eine anhaltende „Akademisierung“ der Ausbildung sowie der demographische Wandel führen zu permanent sinkenden Ausbildungsquoten [DIHK (2012)]. Für Ostdeutschland gilt dies umso mehr, da hier der demographische Wandel weit stärker ins Gewicht fällt und gleichzeitig weniger große und traditionell eher ausbildungsstarke Betriebe ansässig sind.

Die sinkende Zahl an Auszubildenden gefährdet wiederum die bestehende Berufsschulstruktur, die auf größere Auslastungen ausgelegt ist. Um die Berufsschullandschaft auch im Angesicht der aktuellen Herausforderungen leistungsfähig zu halten, bedarf es somit einer Neuausrichtung des bestehenden Systems.

Der vorliegende Artikel widmet sich der Diskussion der gegenwärtigen und zukünftigen Berufsschulstruktur im Kammerbezirk Dresden.¹ Dazu werden zunächst die aktuellen demographischen Rahmenbedingungen zusammengefasst. Anschließend werden die Einschätzungen von Unternehmen, Berufsschulzentren und Schulträgern diskutiert. Darauf aufbauend werden mögliche Handlungsansätze für eine zukünftige Berufsschulstruktur dargestellt.

Demographische Rahmenbedingungen im Kammerbezirk Dresden

Die sächsische Bevölkerungsstruktur wird durch eine verstärkte Alterung und einen Rückgang der Einwohnerzahlen beeinflusst. Zwischen 1995 und 2011 sank die Bevölkerungszahl um 9,5 % [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013a)]. Im Direktionsbezirk Dresden sank die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum um knapp acht Prozent, die Anzahl der 15- bis Unter-20-Jährigen

ging seit 1995 allerdings um fast 60 % zurück [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013a/b)].

Aus dieser Altersgruppe ergibt sich das Potenzial der Berufsschüler. Somit ist es nicht überraschend, dass auch die Zahl der Auszubildenden einem deutlichen Rückgang unterlag. Allein in den letzten fünf Jahren sank sie im Kammerbezirk Dresden um 33 % (vgl. Abb. 1).

Auf die sinkenden Schülerzahlen wurde zwar mit einer Straffung des Berufsschulsystems reagiert, die vollzogenen Standortschließungen konnten aber nicht mit der Entwicklung Schritt halten, sodass bei den Berufsschulen vermehrt Überkapazitäten bestehen. Hinzu kommt ein verstärkter Standortwettbewerb des ländlichen Raumes mit dem Ballungsraum Dresden.

Zwar lässt sich aus den Geburtenzahlen der jüngeren Vergangenheit bis zum Jahr 2025 eine positive Entwicklung der Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen ableiten, jedoch nur auf niedrigem Niveau. Im Kammerbezirk Dresden wird für die Landeshauptstadt das größte Wachstum in dieser Altersgruppe erwartet. Dagegen wird im Landkreis Görlitz die Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen kaum zunehmen. Die vergangene und prognostizierte Entwicklung dieser Altersgruppe ist in Abbildung 2 dargestellt.

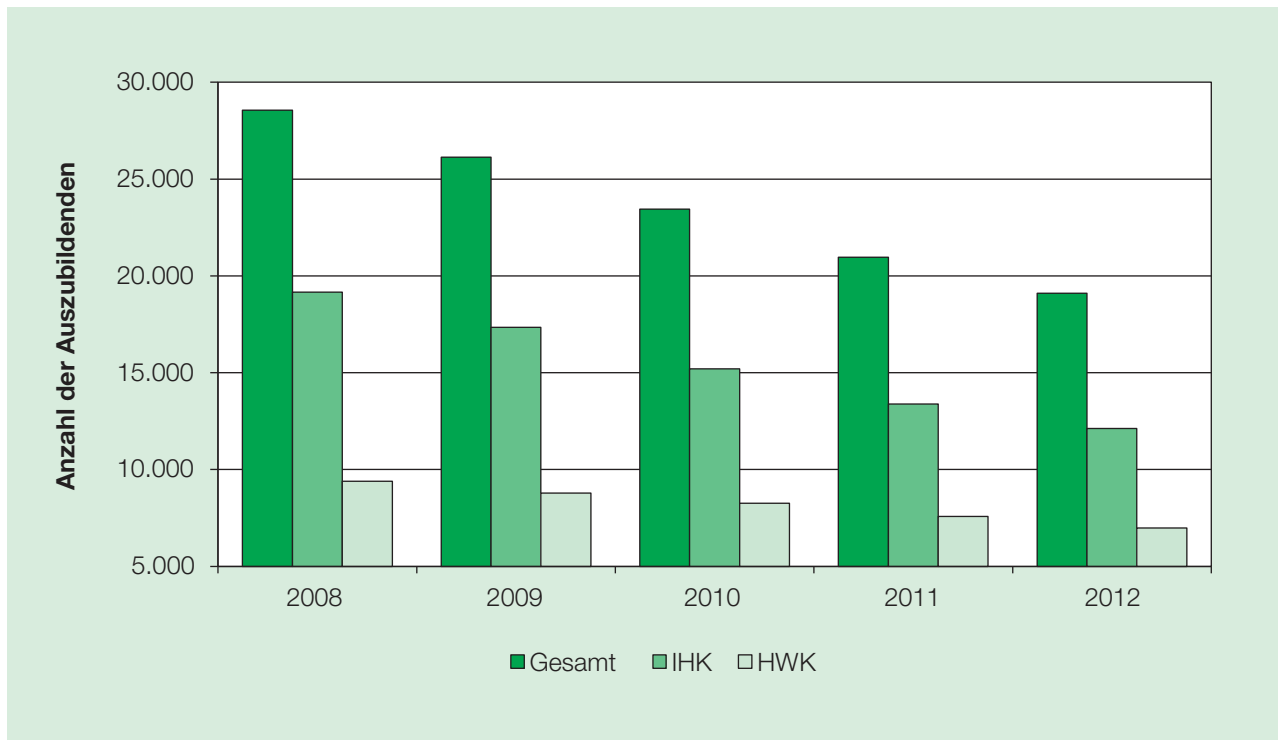
Der Anteil der 15- bis Unter-20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird in ganz Sachsen und dem Kammerbezirk Dresden leicht zunehmen. 2010 lag er im Freistaat bei zirka drei Prozent und wird laut der Prognose auf knapp über vier Prozent steigen. Diese erwartete, moderate Erholung bei den relevanten Kohorten wird die Überkapazitäten nur geringfügig verringern können, zumal auch der Trend hin zu einer weiteren Akademisierung der Berufsausbildung anhält.

Bewertung der Berufsschullandschaft durch die Unternehmen des Kammerbezirks Dresden

Um Rückschlüsse hinsichtlich einer bedarfsgerechten zukünftigen Berufsschulstruktur ziehen zu können, wur-

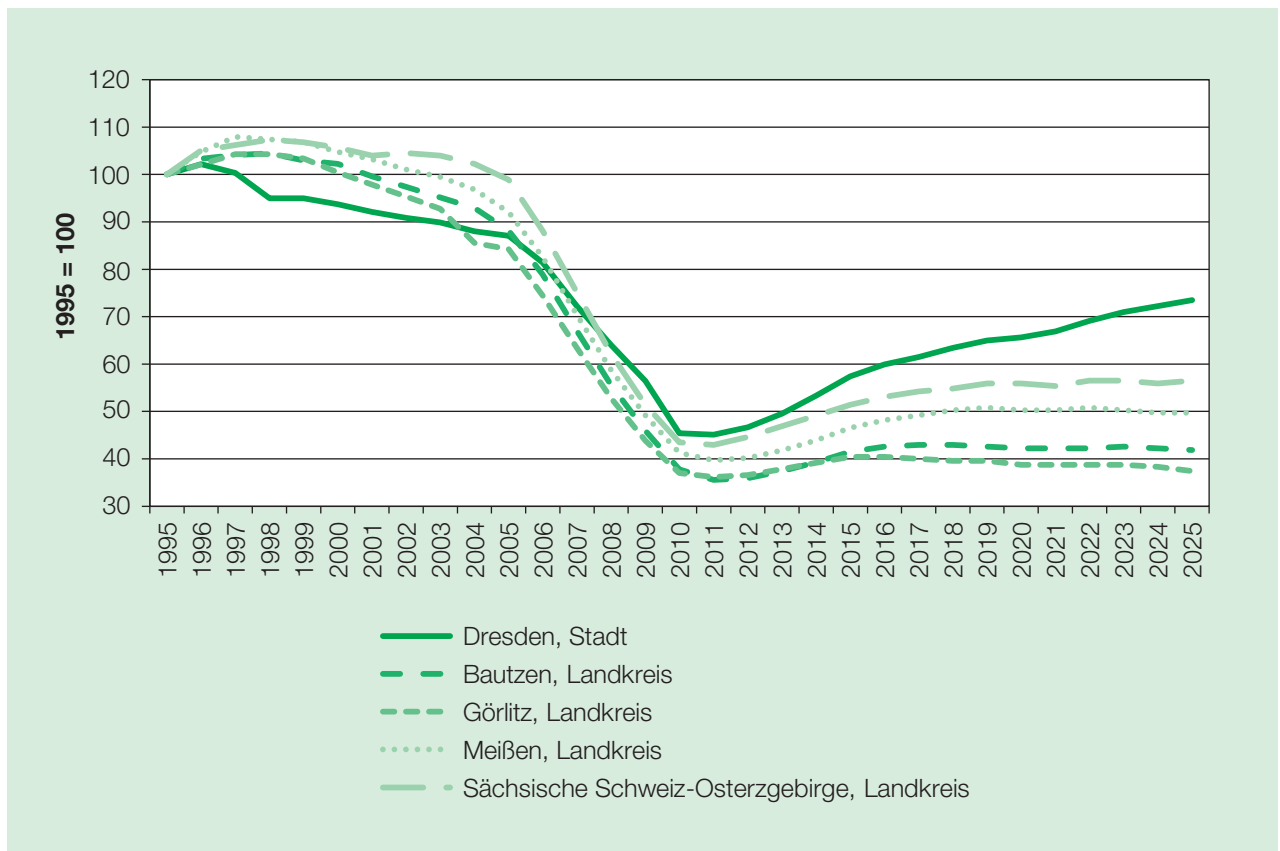
* Jan Kluge und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Stefanie Gäbler und Marius Lux arbeiteten als Praktikanten der Niederlassung Dresden des ifo Instituts an der Erstellung des Beitrages mit.

Abbildung 1: Entwicklung der Auszubildenden im Kammerbezirk Dresden von 2008–2012



Quellen: Daten der Bildungsagentur Sachsen – Regionalstelle Dresden, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Entwicklung der 15- bis Unter-20-Jährigen im Kammerbezirk Dresden 1995–2025



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013); Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2013b), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

den alle ausbildenden Unternehmen der HANDWERKSKAMMER DRESDEN sowie der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DRESDEN zu wesentlichen Aspekten ihrer Ausbildungstätigkeit und der Berufsschulausbildung befragt.² Neben den ausbildenden Unternehmen wurden auch die Berufsschulzentren im Kammerbezirk Dresden um eine Einschätzung des bestehenden Berufsschulsystems gebeten.³ Die Umfragen konzentrierten sich insbesondere auf die Entwicklung der Ausbildungstätigkeit, die Berufsschulstruktur und die Unsicherheiten über den Fortbestand der Berufsschulen.

Zunächst wurden die Unternehmen zur vergangenen und geplanten Entwicklung ihrer Ausbildungstätigkeit befragt. Rund die Hälfte der gegenwärtig ausbildenden Unternehmen begann mit ihrer Ausbildungstätigkeit zwischen 1990 und 1999. Bei 64% der Unternehmen gab es seit Beginn der Ausbildungstätigkeit auch keine Unterbrechungen. Vor allem Unternehmen mit geringen Umsätzen bzw. wenigen Mitarbeitern gaben jedoch öfter an, ihre Ausbildungsangebote schon einmal ausgesetzt zu haben.

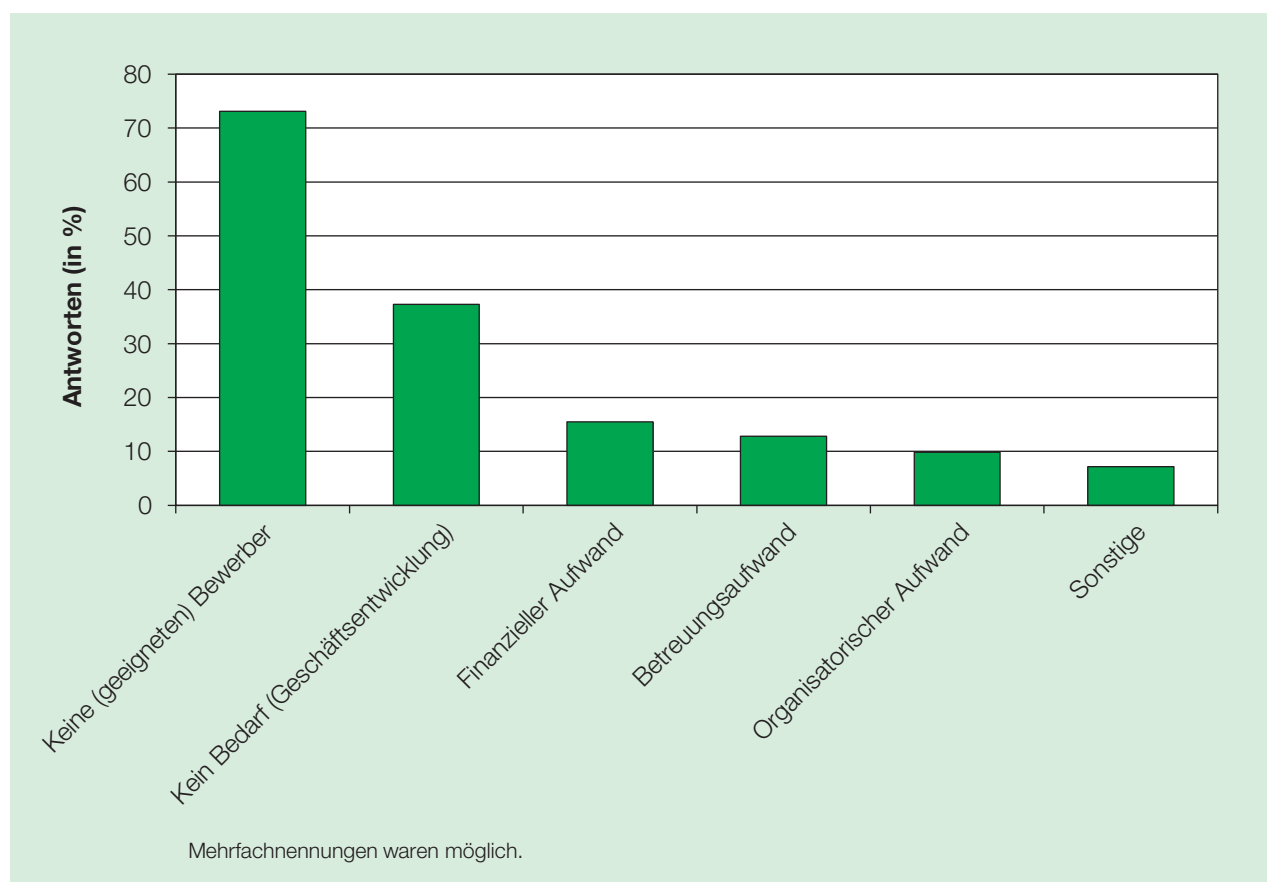
Von besonderem Interesse sind dabei die Faktoren, die die Ausbildungstätigkeit der Unternehmen beeinflussen. Dazu wurden die Unternehmen nach den Gründen für

eine Ausbildungsunterbrechung befragt. Die Antworten sind in Abbildung 3 dargestellt. Als häufigste Unterbrechungsursachen wurden der Mangel an (geeigneten) Bewerbern und ein fehlender Bedarf aufgrund rückläufiger Geschäftsentwicklungen genannt. Weitere Gründe für Unterbrechungen der Ausbildungstätigkeit waren ein zu hoher finanzieller und organisatorischer Aufwand bzw. ein zu hoher Betreuungsaufwand der Auszubildenden.

Betrachtet man die Entwicklung der Auszubildendenzahlen in den letzten fünf Jahren, zeigt sich, dass in den meisten Unternehmen die Zahl der Lehrlinge konstant geblieben ist. Rund ein Drittel der Unternehmen hat die Zahl ihrer Auszubildenden verringert. Tendenziell wurde im ländlichen Raum und in Unternehmen mit wenigen Auszubildenden häufiger reduziert.

Zukünftig planen immerhin 17% der Unternehmen, die Zahl der Auszubildenden zu verringern bzw. die Ausbildung ganz einzustellen. Ähnlich wie bei den Unterbrechungen ist dies vor allem bei kleineren Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern und geringem Umsatz der Fall. Die Gründe für eine zukünftige Reduktion bzw. Einstellung der Ausbildung ähneln denen, die bereits zu einer Unterbrechung der Ausbildungstätigkeit führten. Als häufigster

Abbildung 3: Gründe für Unterbrechungen in der Ausbildungstätigkeit (in %)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Grund wird erneut ein Mangel an (geeigneten) Bewerbern angegeben (82 %). Für die Zukunft wird dieser Faktor somit sogar noch wichtiger eingeschätzt als in der Vergangenheitsbetrachtung in Abbildung 3. Aber auch der hohe finanzielle Aufwand (31 %) und die Geschäftsentwicklung (30 %) spielen eine wichtige Rolle.

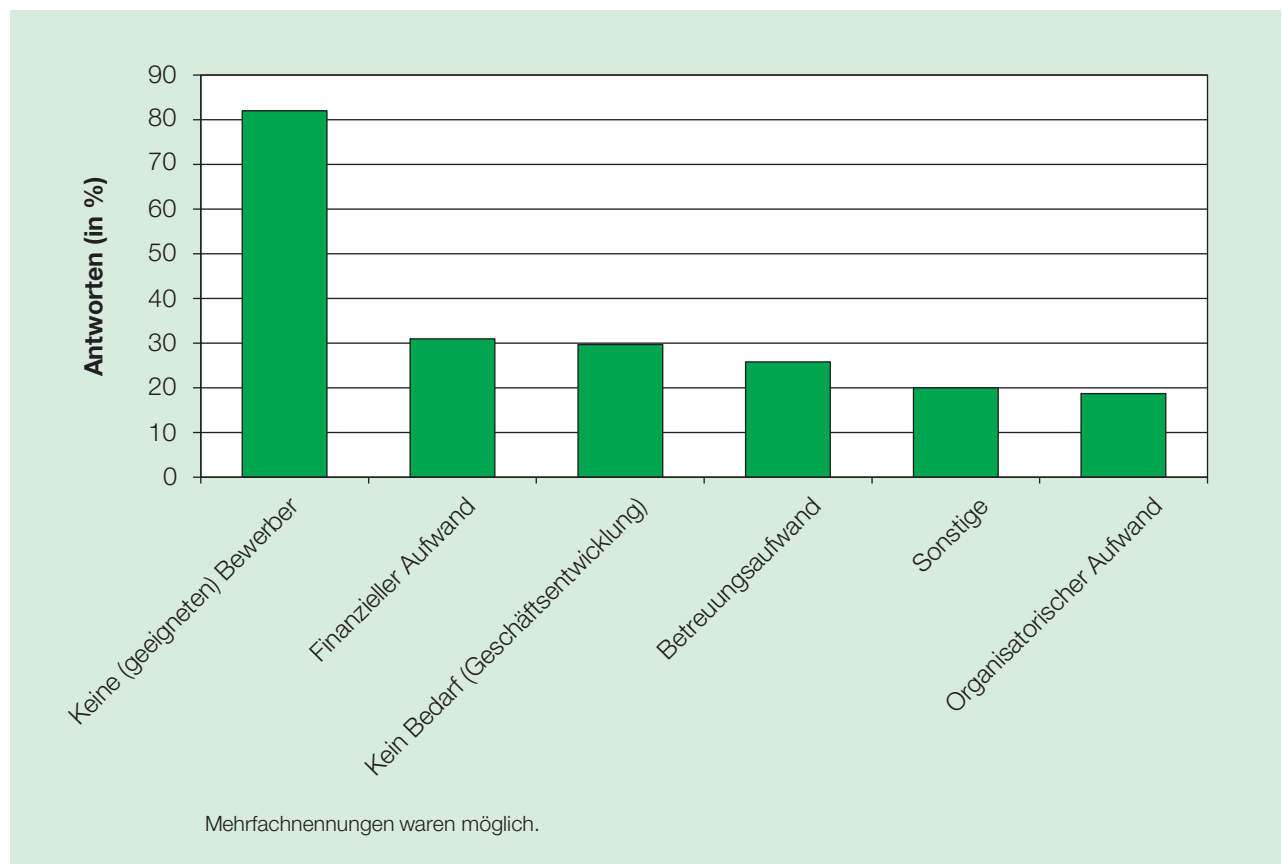
Fehlende Auslastung gefährdet das gegenwärtige Berufsschulnetz

Die Berufsschulen hatten in den letzten Jahren ähnliche Probleme. In fast allen Standorten des Kammerbezirks Dresden ist die Zahl der Schüler in den letzten fünf Jahren gesunken, nur in einem ist sie konstant geblieben. Aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der 15- bis Unter-20-Jährigen erwarten allerdings nur noch drei Schulen in den nächsten Jahren weiterhin sinkende Schülerzahlen. Dennoch gehen die meisten Schulen davon aus, dass die Entwicklung der Schülerzahlen Auswirkungen auf die schulischen Abläufe haben wird. Über die Hälfte der Berufsschulen rechnet weiterhin mit Überkapazitäten und Planungsschwierigkeiten. Entsprechend geht fast die Hälfte der befragten Schulen davon aus,

dass die Zukunftsperspektiven ihrer Standorte nicht gesichert sind.

Die bereits angesprochenen Vorteile des dualen Systems der Berufsausbildung können zukünftig nur gesichert werden, wenn das regionale Zusammenspiel von Unternehmen und Berufsschulen gewährleistet werden kann. Dabei muss neben der Qualität der Ausbildung auch das räumliche Angebot an Berufsschulkapazitäten betrachtet werden. Die ansässigen Berufsschulen sind über den gesamten Kammerbezirk verteilt, wobei die Landeshauptstadt Dresden mit zehn Standorten mit Abstand die meisten Berufsschulen aufweist. Die Entfernung, die Auszubildende zu ihrer Berufsschule zurücklegen müssen, hängt dabei stark vom jeweiligen Ausbildungsberuf ab. So gibt es mehr Berufsschulstandorte für stärker nachgefragte Berufe, auch im ländlichen Raum. Angehende Kauffrauen und -männer im Einzelhandel werden zum Beispiel in sieben Einrichtungen beschult. Lehrlinge in relativ seltenen Berufen müssen hingegen weitere Strecken zurücklegen. Für Textilreiniger gibt es beispielsweise im gesamten Freistaat Sachsen nur einen Berufsschulstandort. Für die Mehrheit der Lehrlinge sind die Entfernungen aber relativ gering, für fast 80 % der Berufsschüler sind es weniger als 30 Kilometer (Luftlinie, vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Verteilung der Entfernung der Unternehmen zu den relevanten Berufsschulen



Quellen: Daten der Industrie- und Handelskammer Dresden und Handwerkskammer Dresden, Berechnungen des ifo Instituts.

Hohe Qualität der Ausbildung ist Unternehmen wichtiger als kurze Wege

Im Hinblick auf die räumliche Verteilung der Berufsschulen bzw. der Berufsschulstruktur wurden die ausbildenden Unternehmen und Schulen befragt, ob ihnen gegenwärtig durch die Reisezeiten der Auszubildenden Probleme entstehen. Die Fahrzeiten zwischen Arbeits- und Berufsschulort verursachen bei über der Hälfte der Berufsschulen negative Auswirkungen auf die schulischen Abläufe. Zehn von 24 Berufsschulen stellten bei ihren Schülern, bedingt durch die Fahrzeiten, geringere Motivation und Lernbereitschaft fest. Einem höheren Planungsaufwand sehen sich neun Schulen gegenüber. Probleme mit Fehlzeiten und Unpünktlichkeit der Auszubildenden haben sechs Standorte.

Davon abweichend spielt die räumliche Verteilung der Berufsschulen für die Unternehmen kaum eine Rolle. Die Auswirkungen der Fahrzeiten zur Berufsschule auf die Ausbildungsabläufe der Unternehmen sind in Abbildung 5 dargestellt.

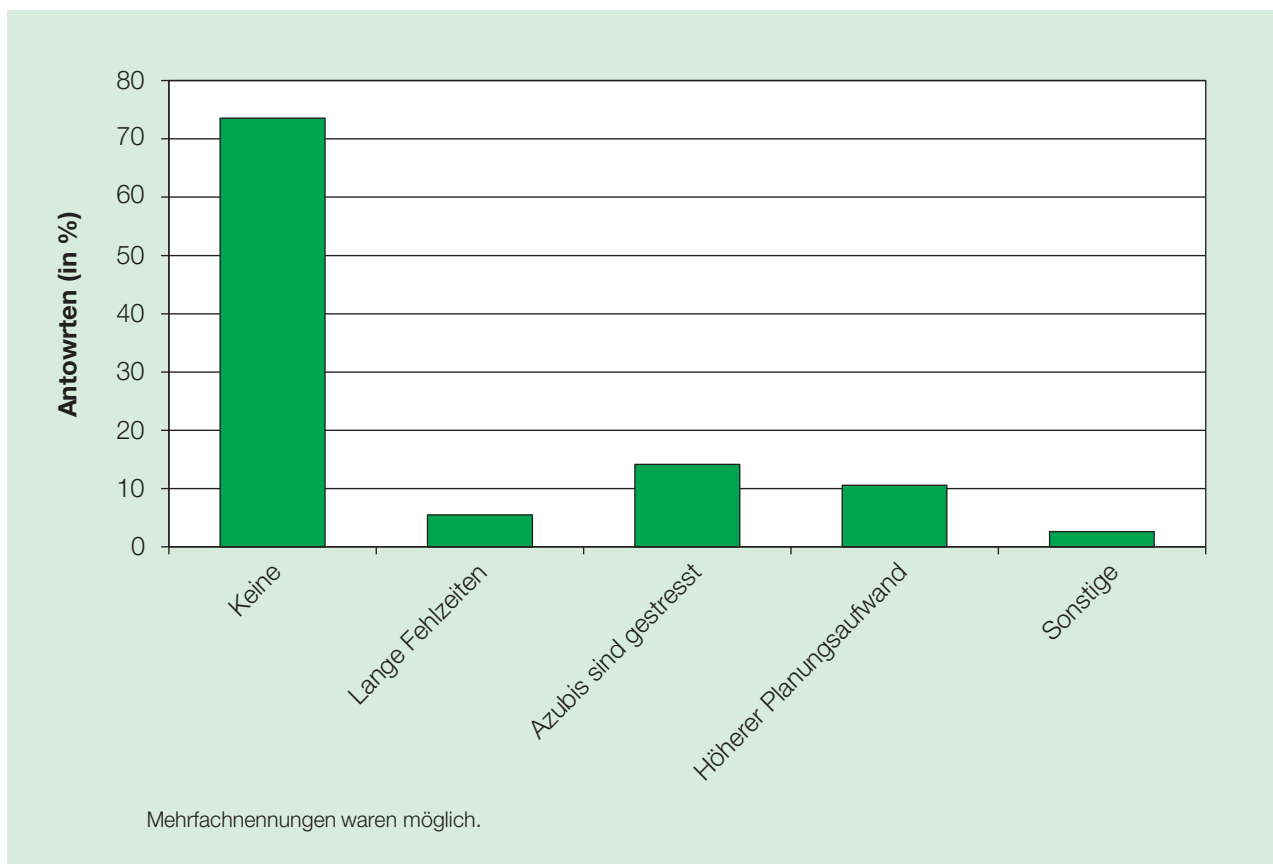
Eine Mehrheit von über 70 % der antwortenden Unternehmen gab an, dass die Fahrzeiten keine Auswirkungen auf ihre Ausbildungsabläufe haben. Einige Unternehmen bemerkten hingegen einen höheren Stresspegel bei ihren

Auszubildenden bzw. einen höheren Planungsaufwand während der Ausbildung. Da die meisten Unternehmen keine Beeinträchtigungen durch die Fahrzeiten sehen, überrascht es auch nicht, dass gerade einmal 27 % der Unternehmen ihre Auszubildenden bei der Anreise zur Berufsschule finanziell oder anderweitig unterstützen. Die Entfernung zu den Berufsschulstandorten sowie ein Wechsel der Berufsschulen in der Lehrzeit haben auch keinen Einfluss auf eine bereits erfolgte oder geplante Reduktion der Anzahl der Auszubildenden.

Es wird deutlich, dass vor allem die Berufsschulen durch die längeren Fahrzeiten zwischen Ausbildungs- und Berufsschulort Schwierigkeiten haben, ihre Schüler zu motivieren und die Stundenpläne so auszurichten, dass es zu keinen Fehlzeiten kommt. Hingegen halten 60 % der Unternehmen noch längere Fahrzeiten sogar für gerechtfertigt, wenn dadurch die Qualität der Ausbildung langfristig gesichert wird.

Unsicherheiten über den Fortbestand des Berufsschulstandortes sind dagegen für beide Seiten problematisch. Die Umfrage ergab, dass gerade einmal etwas mehr als die Hälfte der Berufsschulen im Direktionsbezirk ihren Standort als für die Zukunft gesichert sieht. Vor allem bei geringen Anmeldezahlen können die Berufsschulen den

Abbildung 5: Auswirkungen der Fahrzeiten auf Ausbildungsabläufe der Unternehmen, in %



Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Ausbildungsbetrieben erst kurz vor Schuljahresbeginn mitteilen, ob eine Klasse zustande kommt oder nicht. Diese Unsicherheiten betreffen wiederum die Unternehmen. Die Auswirkungen auf den Ausbildungsbetrieb sind in Abbildung 6 dargestellt.

Bislang noch geringe Beeinträchtigungen durch Berufsschulstruktur

Insgesamt zeigt sich bislang noch eine eher geringe Beeinträchtigung der Ausbildungstätigkeit durch die Standortunsicherheiten. Lediglich 4 % der antwortenden Unter-

nehmen konnten einen Zusammenhang zwischen der Standortsicherheit der Berufsschule und einem Ausbildungsabbruch feststellen. Die neben der qualitativen Auswertung der Unternehmensumfrage durchgeführte statistisch-ökonomische Analyse ergab, dass es eher in Unternehmen, die mit vielen Berufsschulstandorten zusammenarbeiten und deren Auszubildende die Berufsschule während ihrer Ausbildung wechseln mussten, zu Ausbildungsabbrüchen kam. Unternehmen des Umlands werden dagegen seltener mit Abbrüchen konfrontiert.

Häufiger führt die Standortunsicherheit hingegen dazu, dass offene Lehrstellen gar nicht besetzt werden können. Bei immerhin 14 % der Unternehmen blieben aus diesem

Abbildung 6: Beeinträchtigungen der Unsicherheiten über den Berufsschulstandort



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Grund Lehrstellen unbesetzt, im Baugewerbe waren es sogar 20%. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtbesetzung bei Unternehmen im ländlichen Raum höher als in Dresden. Die statistische Analyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, eine offene Lehrstelle nicht besetzen zu können, auch durch die Personalstruktur des Unternehmens und die Berufsschulstruktur beeinflusst wird. Sie ist signifikant geringer, je mehr Auszubildende das Unternehmen bereits beschäftigt. Dies könnte darauf hindeuten, dass diese Unternehmen größer und für Auszubildende bekannter bzw. attraktiver sind. Desweiteren ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtbesetzung umso höher, wenn das Unternehmen mit mehreren Berufsschulstandorten zusammenarbeitet.

Die Unsicherheit bezüglich des Berufsschulstandortes hat kaum einen spürbaren Effekt auf die Entscheidung der Unternehmen, die angebotenen Ausbildungsberufe zu wechseln. Nur 2% der Unternehmen reagierten so auf Standortunsicherheiten.

Ein möglicher Ausbildungsverzicht der Unternehmen lässt sich dagegen in den statistischen Analysen weder auf bestimmte Unternehmensstrukturen noch auf Anzahl oder häufige Wechsel der Berufsschulstandorte zurückführen. Auch die Unsicherheit bezüglich des Berufsschulstandortes hat bei lediglich 5% der antwortenden Unternehmen zu einem Verzicht des Unternehmens auf Ausbildung geführt. Zwar sehen sich gegenwärtig somit nur wenige Unternehmen in ihrer Ausbildungstätigkeit durch Unsicherheiten über den Berufsschulstandort beeinträchtigt. Fraglich ist jedoch, inwiefern echte Standortnachteile aus der Standortunsicherheit entstehen können, wenn sich der Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende weiter verschärft.

Neugestaltung muss alle Akteure einbeziehen

Um Handlungsempfehlungen für eine zielgerichtete Anpassung der Berufsschulstruktur an die kommenden Herausforderungen geben zu können, ist es zunächst notwendig, die an der Berufsausbildung beteiligten Akteure zu kennen. Die Organisation der beruflichen Schulbildung ist gegenwärtig durch das Sächsische Schulgesetz zwischen den Schulträgern und dem Freistaat aufgeteilt. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben als Schulträger für die Errichtung, Erhaltung und Ausstattung der Schuleinrichtungen zu sorgen. Berufsspezifische Einzugsbereiche können aber auch über Landkreisgrenzen hinaus reichen und bedürfen daher der Abstimmung zwischen den Schulträgern. Der Freistaat Sachsen ist für die Anstellung der Lehrer zuständig und weist diese den Schulträgern zu. Außerdem hat der Freistaat Möglichkeiten, in die Belange der Schulträger einzugrei-

fen, wenn er dies für nötig hält. Bei der Anpassung der Berufsschulstruktur sind alle Akteure zu berücksichtigen.

Dieses System erweist sich dabei für die zu bewältigenden Herausforderungen als ungeeignet. Besonders bei der Abstimmung zwischen den Schulträgern kann es zu Problemen kommen, wenn Berufsfelder an andere Schulträger abzugeben oder Schulen zu schließen sind. In der Hoffnung, dass andere Schulträger zuerst aufgeben, kommt es zu Wartespielen, bei denen unnötige Kapazitäten aufrechterhalten werden. Dies macht die eigenständige Gestaltung einer bedarfsgerechten und langfristig tragfähigen Berufsschulstruktur nahezu unmöglich. Deshalb ist es notwendig, Anpassungen aktiv anzustoßen und dabei auch die Gestaltungsspielräume des Landes zu nutzen.

Um eine langfristig stabile Berufsschullandschaft zu realisieren, ist es zunächst notwendig, die duale Ausbildung zu stärken. Um einen stetigen Zustrom von Auszubildenden an die Berufsschulen zu erreichen, sollten die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöht und Ausbildungshemmnisse abgebaut werden. Die Umfrage zeigte, dass Unsicherheiten über den Berufsschulstandort Unternehmen in ihrer Ausbildungstätigkeit beeinträchtigen. Ausbildungswillige Unternehmen und Schulabsolventen finden somit unter anderem durch Unzulänglichkeiten des Berufsschulsystems nicht zu einem Vertragsabschluss. Unsicherheiten der Auszubildenden und Unternehmen über das Zustandekommen von Schulklassen könnten zum Beispiel durch Ausbildungsgarantien vermieden werden. Eine verbindliche Zusage des Freistaates Sachsen, an bestimmten Standorten die Bildung bestimmter Klassen zu unterstützen, könnte dazu führen, dass sich wieder verstärkt Auszubildende für die betreffenden Berufe entscheiden. An diesem Punkt bedarf es jedoch auch einer stärkeren Anstrengung der Wirtschaft, die duale Berufsausbildung als Instrument des Personalmanagements zu erkennen und weiterhin aktiv zu nutzen.

Die Umfrage zeigte deutlich, dass die Unternehmen längere Fahrzeiten der Auszubildenden akzeptabel finden, wenn dadurch die Qualität der Ausbildung langfristig gesichert wird. Somit erscheint eine langfristig nachhaltige Planung der Berufsschulstruktur wichtiger als eine möglichst breite Versorgung mit Berufsschulen, auch wenn eine solche Umstrukturierung gegebenenfalls Standort-schließungen nach sich zieht. Eine Spezialisierung der Berufsschulstandorte auf bestimmte Berufsgruppen könnte dabei die unerwünschte Konkurrenzsituation zwischen den Schulträgern reduzieren und kostspielige Parallelangebote verhindern. Dadurch könnte zum einen die Qualität der Ausbildung gesichert bzw. sogar erhöht werden, da die Standorte speziell für ihre Berufsgruppen ausgestattet werden können. Zum anderen würde es die langfristige Planungssicherheit für die Standorte erhöhen.

Parallel dazu muss jedoch auch die Ausbildung von besonders häufig nachgefragten und in jeder Region benötigten Berufen, wie zum Beispiel Kaufleute oder Bauberufe, in der Fläche sichergestellt werden.

Für ein Funktionieren der ersten beiden Ansätze ist jedoch ein aktiver Beitrag des Landes notwendig, da die entscheidenden Signale nur glaubhaft durch die übergelagerte föderale Instanz gesendet werden können. Insbesondere im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen sollte der Freistaat Sachsen, in Kooperation mit den Schulträgern, die Spezialisierungscluster zentral festlegen oder entsprechende Anreize setzen, da eine eigenständige Lösung aufgrund der bereits beschriebenen Wartespiele unwahrscheinlich ist. Auch sollte geprüft werden, welchen Spielraum das Land hat, die beteiligten Akteure bei etwaigen Mehrbelastungen (z. B. höheren Reisekosten) zu unterstützen.

Fazit

Die sinkende Zahl an Auszubildenden und die damit einhergehende Unterauslastung vieler Berufsschulen gefährden eine effiziente Berufsschulstruktur im Kammerbezirk Dresden. Alle Akteure der dualen Berufsausbildung sehen daher die bestehende Berufsschulstruktur als reformbedürftig an. Sowohl für Unternehmen, Berufsschulen als auch Schulträger stehen dabei die gegenwärtig mangelnde Planungssicherheit und Instabilität des Systems im Vordergrund.

Um eine langfristig stabile Berufsschulstruktur zu schaffen, empfiehlt sich eine Spezialisierungsstrategie. Dadurch würden für bestimmte Berufsgruppen regionale Alleinstellungsmerkmale geschaffen. Diese Berufe würden dann in Sachsen nur noch an einem/wenigen Standort/en ausgebildet, wodurch ein unerwünschter Standortwettbewerb zwischen den Schulträgern vermieden wird. Gleichzeitig würde die Versorgung der ländlichen Räume mit Berufsschulangeboten für die häufigen und überall benötigten Berufe (z. B. Kaufleute, Bauberufe) garantiert.

Diese Neugestaltung sollte durch eine generelle Stärkung des dualen Systems und auch durch das Ausnutzen des politischen Gestaltungsspielraumes des Landes erleichtert werden. Hierzu zählt ein dosiertes Eingreifen des Freistaates, insbesondere bei der verbindlichen Festlegung der regionalen Alleinstellungsmerkmale. Außerdem sollten die Auszubildenden überall dort unterstützt werden,

wo sie die Lasten der Neugestaltung tragen, beispielsweise durch finanzielle Zuschüsse für Unterbringungskosten am und Reisekosten zum Berufsschulstandort.

Im Ergebnis könnte ein Berufsschulnetz konzipiert werden, das nachhaltig eine flächendeckende und nachfragegerechte Versorgung des Kammerbezirks ermöglicht und dabei durch die Spezialisierung einzelner Standorte die hohen qualitativen Anforderungen der dualen Berufsausbildung auch weiterhin erfüllt.

Literatur

- DIHK – DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (Hrsg.): Ausbildung: 1,7 Prozent weniger Neuverträge als im Vorjahr, <http://www.dihk.de/the-menfelder/aus-und-weiterbildung/news?m=2012-10-05-ausbildungszahlen>, 2012, abgerufen am 08.01.2014.
- KLUGE, J., RAGNITZ, J. und J. STEINBRECHER (2013): Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden, ifo Dresden Studie 70, München/Dresden.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013): Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen – Stichtag 31.12. – regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte; Regionaldatenbank Deutschland; Stand: 12.04.2013 / 10:59:58.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2013a): Bevölkerung am 31.12., Gemeinden, Stichtage, Gebietsstand 01.01.12; GENESIS-Online Datenbank; Stand: 14.05.2013 / 13:46:14.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (Hrsg.) (2013b): Bevölkerungsprognose: Voraussichtliche Bevölkerung, Varianten Bevölkerungsvorausber., Geschlecht/Alt.Gr(18), Kreise, Stichtage, Gebietsstand 01.01.10; GENESIS-Online Datenbank; Stand: 21.05.2013 / 14:49:06.

¹ Grundlage für die Diskussion ist das Gutachten „Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden“, welches die Dresdner Niederlassung des ifo INSTITUTS im Auftrag der HANDWERKSKAMMER DRESDEN und der INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DRESDEN erstellt hat [vgl. KLUGE et al. (2013)].

² Insgesamt wurden rund 4.000 Unternehmen befragt. Die Rücklaufquote betrug bei 946 antwortenden Unternehmen knapp 24%. Die antwortenden Unternehmen bilden die Verteilung der Branchen, Regionen und Größen aller Unternehmen im Direktionsbezirk gut wieder. Die Ergebnisse der Umfrage können somit als allgemeingültig für den Kammerbezirk betrachtet werden.

³ Von 25 ansässigen Berufsschulzentren antworteten 24.